

Referendum gegen private E-ID eingereicht.

Fehlpass

Zum Kern der hoheitlichen Aufgaben gehört die Bescheinigung der Identität, ob in der realen oder in der virtuellen Welt. Das Referendum gegen die private Lösung bei der E-ID - auch vom VPOD unterstützt - ist eingereicht.

Es mag Aufgaben geben, bei denen man eventuell geteilter Meinung sein kann darüber, ob sie zu jenen hoheitlichen gehören, die nur der Staat ausführen darf. Unumstritten ist die Frage beim Gewaltmonopol. Und ebenso unumstritten müsste sie sein hinsichtlich der Ausgabe einer Bescheinigung über die Identität. Das ist im „richtigen Leben“ so. Warum soll es im Internet anders sein? Auch dort sind wir, wie in den Strassen unserer Stadt, unterwegs: zum Einkaufen und zwecks anderer Dienstleistungen. Wir machen unsere Steuererklärung digital- und irgendwann werden wir wohl auch digital abstimmen und wählen, auch wenn dieses Projekt einstweilen auf Eis liegt.

Schwache Kontrolle

Viele Internetdienstleistungen, besonders natürlich staatliche, erfordern den eindeutigen Nachweis der Identität. Im Vergleich mit anderen Ländern ist die Schweiz diesbezüglich in Rückstand geraten. Jetzt haben Bundesrat und Parlament eine Lösung erarbeitet, die der VPOD aber ablehnt. Im Gesetz über elektronische Identifizierungsdienste ist vorgesehen, dass der Staat die E-ID nicht selber herausgibt. Vielmehr sollen das sogenannte Identitätsdienstleister (IdP) wie die Swiss Sign Group tun, also private Anbieter. Vom Bund kommen bloss noch die Daten, während Versicherungen oder Banken das Passbüro spielen. Mit der gleichen Rollenteilung ist der Bund vor zehn Jahren bei der Einführung der elektronischen Unterschrift bereits gescheitert. Die Sicherung der Identität gehört zwingend unter demokratische Kontrolle.

Dass ein Gesetz jetzt ausschliesslich private Akteure als E-ID-Aussteller festschreibt und der Bund nur eine schwache Kontrollfunktion bekommen soll, ist daher grundverkehrt. Da kann Justizministerin Karin Keller-Sutter lange behaupten, der Begriff „digitaler Pass“ sei falsch. Die E-ID ist ein Identitätsnachweis in der digitalen Welt. Den Vergleich mit dem Pass hat der Bundesrat in seiner Botschaft ursprünglich selber gezogen.

Die Abstimmung über die E-ID wird also kommen. Sie ist noch nicht gewonnen, aber das Nein hat gute Chancen: Eine Umfrage der Universität Zürich hat ergeben, dass 82 Prozent der Befragten die Ausstellung der E-ID durch den Staat wollen. Noch nicht einmal 2 Prozent sehen private Anbieter in dieser Rolle.

VPOD Schweiz, 1.2.2020.

VPOD-Magazin > Pass. Abstimmung. VPOD-Magazin, 2020-02-01